

Vom Kinderwunsch zu Wunschkindern

Couchepins Eckpfeiler zur Familienpolitik

Am Medientreffen, das Bundesrat Pascal Couchepin traditionellerweise einmal im Jahr «extra muros» durchführt, stand die Familienpolitik im Mittelpunkt. Im Vorfeld der letzten Wahlen hatten bereits die Parteien dieses alte Thema neu entdeckt. Nun soll es auch aus der Regierung frischen Schub bekommen – wenigstens auf verbaler Ebene.

rom. St.-Peters-Insel, 31. August

Vielleicht war es nicht gerade der Weisheit letzter Schluss, die St.-Peters-Insel im Bielersee zum Ausgangspunkt für neue Strategien in der Familienpolitik zu wählen. Der idyllische Ort ist nämlich eng mit dem Genfer Philosophen Jean-Jacques Rousseau verbunden, der hier ein Refugium vor Verketzerung und Verfolgung fand. Nun gilt Rousseau zwar auch als grosser Pädagoge, doch als beispielhaften Familienvater wird man ihn kaum bezeichnen. Er entsorgte alle seine fünf Kinder im Waisenhaus. Immerhin brachte er es auf eine stattliche Nachkommenschaft. Und genau hier hapert es bedenklich in der Schweiz. Heute werden bloss halb so viele Kinder geboren wie Mitte der sechziger Jahre – gerade noch durchschnittlich 1,4 Kinder pro Frau. Gut ein Fünftel der Frauen bleibt kinderlos. Das heisst allerdings nicht, dass sich die Frauen keine Kinder wünschen. Vielmehr ist über alle Bildungsschichten hinweg der Kinderwunsch grösser als die Zahl der wirklich geborenen Kinder. Besonders gross ist die Diskrepanz bei den Akademikerinnen. Es läuft also etwas falsch in unserer Gesellschaft. Pascal Couchepin und der soeben veröffentlichte Familienbericht (siehe Kasten) nennen das Übel: die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Fragezeichen zu Staatskrippen

Für Couchepin stellt sich die Grundsatzfrage, was den Entscheid zur Gründung einer Familie oder den Entscheid für ein zweites oder drittes Kind beeinflusst. Es seien nachweislich nicht fehlende Geldtransfers, die die grössten Hürden zur Realisierung des Kinderwunsches bildeten, sondern vielmehr die Schwierigkeiten, Beruf und Familienalltag unter einen Hut zu bringen. Folglich müsse die Behebung dieses Problems Priorität haben vor finanziellen Zuschüssen. Damit stellte Couchepin klar, dass er eine Bundesregelung für die Familienzulagen und die bundesweite Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien nicht als Kernpunkte einer modernen Familienpolitik sieht. Vielmehr plädierte er für generelle Blockzeiten in Kindergärten und Schulen sowie für eine frühere Einschulung der Kinder – Dinge, wo der Bund notfalls eingreifen könnte, wie seinerzeit beim einheitlichen Schulbeginn.

Differenziert äusserte sich Couchepin zum Angebot an Kinderkrippen und stellte eine längerfristige Rolle des Staates in diesem Bereich in Frage: «Muss die Politik wirklich mit bürokrati-

schen Auflagen in die Krippenausgestaltung einwirken? Ist eine Krippe in einem Kanton, wo keine einschränkenden Auflagen bestehen, wirklich schlechter als eine Krippe in Genf, wo alles detailliert vorgeschrieben ist?» Der Vorsteher des Departements des Innern äusserte zudem die Vermutung, dass die vielerorts zu hohen Kosten für einen Krippenplatz durch den schweizerischen Perfektionismus verursacht würden. Jedenfalls will er das laufende Programm für die staatliche Mitfinanzierung von Krippenplätzen, das nicht im erwarteten Umfang genutzt wird, überprüfen lassen, bevor eine zweite Kredittranche freigegeben wird. – Es fällt auf, dass in letzter Zeit gerade bürgerliche Politiker sich engagierter als auch schon für familienfreundliche Strukturen einsetzen, die es den Frauen ermöglichen, den Wunsch nach einer Familie mit dem Wunsch nach Ausübung ihres Berufs zu verbinden. Nicht zuletzt dürfte die Erfahrung mit den eigenen, gut ausgebildeten Töchtern zu einem gesellschaftspolitischen Umdenken geführt haben. Couchepin wies denn auch darauf hin, dass es volkswirtschaftlich sinnvoll sei, wenn auch die Frauen ihre erworbenen Kompetenzen im Erwerbsleben einsetzen. Für ihn sind deshalb zwei Entwicklungen anzustreben: eine Erhöhung der Geburtenrate sowie eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote. Für die Schweiz seien diese beiden Entwicklungen überlebensnotwendig, sagte Couchepin. Das erfordere aber einen «Paradigmenwechsel von der traditionellen zu einer nachhaltigen Familienpolitik».

Eine weitere Idee Couchepins ist die Schaffung einer kantonalen Konferenz der Familiendirektoren. Sie könnte seiner Meinung nach für eine gewisse interkantonale Harmonisierung sorgen. Ferner regte er vermehrte Ratings zur Familienfreundlichkeit von Gemeinden und Kantonen an, um den Standortwettbewerb zu fördern. Schliesslich sprach er sich auch für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle aus sowie für die Einführung der Individualbesteuerung bei einem Neuanlauf zur Reform der Familienbesteuerung. Dass er mit seinen Äusserungen die Grenzen seines Departements sprengte und in anderen Gärten «wilderte», kümmerte ihn kaum. Schliesslich sei Familienpolitik eine Querschnittsaufgabe, die verschiedenste Ebenen betreffe; je mehr sich damit befassen, desto besser.

Bonbons und Bonmots

Couchepin wäre nicht Couchepin, wenn er den Anlass nicht auch noch zur Abgabe weiterer Informationshäppchen und Bonmots genutzt hätte. So erfuhr man, dass er dem Gesamtbundesrat beantragen wird, den Mindestsatz zur Verzinsung der Altersguthaben der zweiten Säule auf Anfang 2005 von 2,25 auf 2,5 Prozent zu erhöhen, und dass die Krankenkassenprämien im nächsten Jahr um durchschnittlich 4 Prozent steigen dürften. Und man vernahm schliesslich, dass das Bundesratskollegium bald einmal auch bei Christoph Blocher schaffen dürfte, was ihm mit Micheline Calmy-Rey bereits gelungen ist: die volle Integration in der Landesregierung.

Auslegeordnung zur Familienpolitik

rom. Der am Dienstag publizierte Familienbericht im Umfang von über 200 Seiten wird leider nicht die letzte Übung dieser Art gewesen sein. Vielmehr stellt er den Auftakt zu einer im Rhythmus von fünf Jahren vorzulegenden Berichtereihe zur Situation der Familien in der Schweiz dar. Auslöser für diese inflationäre Berichterstattung war ein parlamentarischer Vorstoss des Urner CVP-Ständerats Hansruedi Stadler aus dem Jahr 2000. Dem unter Einbezug einschlägiger externer Büros, Institute und Experten erstellten Familienbericht 2004 darf man zugute halten, bestehende und weitgehend bekannte Statistiken sowie Literatur und Studien zum Allerweltsthema «Familie» gebündelt zu haben. Die eigenständigen Aussagen des Berichts bewegen sich dagegen auf eher banaler Ebene. Dass Familien vergleichsweise weniger Einkommen zur Verfügung haben als Haushalte ohne Kinder, ahnte man bereits vor der Lektüre des Berichts. Auch die Einsicht: «Wer über mehr Geld verfügt, gibt auch mehr für die Kinder aus», vermag kaum zu überraschen. Und dass Grossfamilien und Alleinerziehende finanziell am knappsten dran sind, ist ebenfalls keine Offenbarung. Entsprechend gummig sind denn auch die Massnahmen, die von den Experten als «bedeutend» erachtet werden. Nummer 1 auf der Prioritätenskala: «Stärkung der familienpolitischen Netzwerke, Festlegung der zu bearbeitenden Themen, der Rollen und der Form der Netzwerke.» Nummer 2: «Festlegung eines kohärenten Konzeptes für eine schweizerische Familienpolitik, das mittels einer Problemanalyse den anzustrebenden Zustand und eine entsprechende Zielhierarchie definieren würde. Festlegung strategischer Schwerpunkte in Abhängigkeit von konkreten Zielen.» Und so weiter.

Insgesamt kommt auch der neuste Bericht zum altbekannten Schluss, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Schlüsselfrage der Familienpolitik ist. Der interessanteste Teil der Publikation ist ein angehängter Kommentar der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF), die 1995 als beratendes Organ des Eidgenössischen Departements des Innern eingesetzt wurde. Sie wittert im Bericht die Gefahr, den schweizerischen Föderalismus als Argument gegen eine kohärente Familienpolitik zu missbrauchen. Verschiedene familienpolitische Postulate seien aber weder an mangelnden Bundeskompetenzen noch am föderalistischen System gescheitert, sondern weil sie weder im Parlament noch beim Stimmvolk mehrheitsfähig gewesen seien. Die EKFF warnt zudem davor, die Familienpolitik prioritär der Sozialhilfe zuzuweisen. Einverstanden ist die Kommission mit der Aussage, dass die Schweiz noch weit entfernt ist von einer kohärenten Familienpolitik. Diese müsse auf Bundesebene denselben Stellenwert erhalten wie die Gleichstellungspolitik. Der Bericht plädiert denn auch analog zum «Gender-Mainstreaming» für ein «Family-Mainstreaming». Zu Deutsch: Die Bedürfnisse der Familien sollen zur Leitschnur staatlichen Handelns werden.